

Erfahrungsbericht: Das Team der Europa.Brücke.Münster plus zu Besuch in Varna, Bulgarien (28.05.-01.06.2019)

Text und Fotos: Luisa Rotthove, Stefanie Beckmann, Sozialberaterinnen Europa.Brücke.Münster plus

*Vorab ein Hinweis: Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um einen Erfahrungsbericht, den die Mitarbeiter*innen der Sozialberatungsstelle Europa.Brücke.Münster plus (EBM+) im Anschluss an ihre Dienstreise nach Varna in Bulgarien erstellt haben. Die zahlenmäßigen Angaben wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und, wo möglich, auch mit Quellen belegt. Die zusammengestellten Informationen stammen überwiegend aus den Gesprächen mit den Akteur*innen vor Ort, wobei die Gespräche vom Bulgarischen ins Deutsche und umgekehrt von zwei Personen simultan übersetzt wurden.*

*Zur Wahrung der Anonymität der Gesprächspartner*innen wurden sämtliche Namen durch andere, beliebig ausgesuchte, Namen ersetzt.*

Warum Varna?

Die Europa.Brücke.Münster plus (EBM+) ist eine durch den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Beratungsstelle in Münster. Träger des Projekts ist die in Münster ansässige Bischof-Hermann-Stiftung. Darüber hinaus besteht eine Kooperation der Beratungsstelle mit der Stadt Münster.



Rathaus der Stadt Varna

Die Mitarbeiter*innen der EBM+ leisten Beratung, Begleitung und aufsuchende Hilfen für Unionsbürger*innen und ihre Kinder bis zu sieben Jahren, die sich in prekären Lebenssituationen befinden. Die Tätigkeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Wohnen, Bildung, Gesundheit und Soziale Teilhabe.

Das Angebot wurde zwischen 2016 und 2018 von insgesamt 750 Personen aus den EU-Mitgliedsstaaten genutzt. Der größte Anteil der Beratenen kam aus Bulgarien.

Viele der bulgarischen Klient*innen, die die EBM+ aufsuchen, kommen aus der Stadt Varna. Das Team der EBM+ hat deshalb mit der Absicht, einen vertieften Einblick in das Leben und die Situation der Menschen vor Ort zu bekommen, Kontakt zur Stiftung Liebenau aufgenommen, die über das Bulgarisch-Deutsche Sozialwerk St. Andreas benachteiligte Menschen in Varna unterstützt.

Unsere Ansprechpartnerin bei der Stiftung-Liebenau, Diplom-Pädagogin Monika Heitmann, engagiert sich in Varna für sozial isolierte Erwachsene, Jugendliche und Kinder. Dort entwickelt sie nicht nur Projekte mit einheimischen Partnerorganisationen, sondern kümmert sich zeitgleich auch um deren Finanzierung und Evaluation. Wir hatten die Gelegenheit, einige dieser Projekte und Initiativen sowie deren Mitarbeiter*innen kennenzulernen. Davon möchten wir hier berichten. Dank der fundierten Bulgarischkenntnisse von Frau Heitmann und der Begleitung durch unsere ehrenamtliche, aus Varna stammende Mitarbeiterin Ljiljana Tsakova, konnten wir einen guten Einblick in die verschiedenen Angebote bekommen und uns mit den Mitarbeiter*innen sowie auch einigen Ratsuchenden austauschen.

Varna ist eine Hafenstadt an der Schwarzmeerküste Bulgariens mit rund 346.000 Einwohnern¹. Nach Sofia und Plovdiv ist Varna die drittgrößte Stadt des Landes.

Abseits von den touristischen Zentren an der Schwarzmeerküste leben viele Bulgar*innen in existenzieller Armut. Es mangelt an gesundheitlicher und sozialer Fürsorge, wovon insbesondere viele Minderheitenangehörige, Ältere, Kranke, Menschen mit Behinderung, Kinder und Alleinerziehende betroffen sind. Der Schulbesuch von Kindern aus sozial marginalisierten Familien ist nicht immer gesichert. Viele junge, gut ausgebildete Menschen zieht es in wirtschaftlich besser gestellte Länder, sodass sich die Arbeits- und Perspektivlosigkeit im eigenen Land noch verstärken.

Tag 1: Besuch in einem benachteiligten Quartier und erste Treffen

Mobile Kinder-, Jugend- und Familienarbeit

Schwerpunkt der Mobilen Kinder-, Jugend und Familienarbeit des Bulgarisch-Deutschen Sozialwerks ist die Bildung und damit die Förderung der Integration von sozial benachteiligten jungen Menschen. Dazu gehört die Beratung und Unterstützung bei gesundheitlichen, sprachlichen, schulischen sowie alltäglichen Herausforderungen.

¹ Laut Informationen des Sozialamtes der Stadt Varna

Die jungen Menschen sollen damit im Sinne einer Prävention vor Schulabbruch, Drogenmissbrauch und Menschenhandel bewahrt werden.

Die Erfahrung zeigt, dass die Zielgruppe Unterstützung und Begleitung vor allem aus der eigenen Community bzw. Peer-Group akzeptiert, weshalb das Sozialwerk Schulungen in Mobiler Jugendarbeit für Verantwortliche, Fachkräfte und Laien in Varna organisierte.

Jugendclub im benachteiligten Quartier

Seit 2005 engagiert sich das Bulgarisch-Deutsche Sozialwerk in einem besonders von Armut betroffenen Stadtteil. Außerdem wurde ein Jugendclub ins Leben gerufen, der regelmäßig Informationen, Beratung sowie Veranstaltungen und Zusammenkünfte organisiert und es den Jugendlichen ermöglicht, gemeinsam Zeit zu verbringen und für ihre Interessen einzustehen.

Leiter des Jugendclubs ist der 21-jährige Kolyo.² Er ist ein hoch angesehener Ansprechpartner für die im Stadtteil lebenden Menschen. Im Jugendclub veranstaltet er regelmäßig Gesprächskreise zu verschiedenen (zielgruppenspezifischen) Themen, feiert mit den Teilnehmer*innen kleinere und größere Feste und berät zu unterschiedlichsten Themen. Er fungiert dabei als eine Art Rollenmodell aus der Community und möchte insbesondere die Wichtigkeit von Bildung und Teilhabe an der Gesellschaft weitervermitteln. Ziel des Jugendclubs ist es, durch Bildungsprozesse diese Teilhabe zu erhöhen.

Das Alter der Besucher*innen des Clubs liegt zwischen drei und 30 Jahren. Themen, die die jungen Menschen bewegen, sind u. a. Armut, Perspektivlosigkeit, Diskriminierung, Bildung, Arbeit, Konflikte innerhalb der Familie, Drogenmissbrauch oder sonstige Problemlagen. Kolyo bietet vielfältige Spiel- und Bastelangebote, Gesprächskreise für verschiedene Alters- und Themengruppen und steht dauerhaft als Ansprechpartner für die Anliegen und Bedürfnisse der Menschen aus dem Stadtteil zur Verfügung. Kolyo ermöglicht es den Menschen, sich aktiv einzubringen und sich und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Im persönlichen Gespräch des Teams der EBM+ mit Kolyo wurde deutlich, dass viele Menschen aus dem Stadtteil aufgrund der finanziellen und oftmals existenziellen Schwierigkeiten gezwungen sind, das Land zu verlassen und im europäischen Ausland Arbeit zu suchen, um die Familie versorgen zu können. Kinder bleiben oft bei Verwandten zurück und beginnen bereits in jungen Jahren zu arbeiten. Die Arbeit findet sowohl innerhalb der Familie (z. B. Betreuung jüngerer Geschwister) als auch außerhalb der Familie statt. Sie sind damit sehr früh einer großen Verantwortung ausgesetzt und erhalten wenig oder möglicherweise keine (schulische) Ausbildung, sodass sie schnell in einen nur schwer zu durchbrechenden Kreislauf aus Armut, Arbeitslosigkeit, Gewalt und Perspektivlosigkeit zu geraten drohen.

Die Arbeit vom Jugendclub und Kolyo hat uns sehr beeindruckt. Er und sein Engagement werden von den Menschen innerhalb des Viertels sehr geachtet und respektiert. Gleichzeitig ist es jedoch tragisch, dass es kaum fest etablierte soziale Hilfsstrukturen für diese Zielgruppe gibt.

Laut Informationen von Monika Heitmann wurde der Jugendclub Ende 2019 nach 10 Jahren geschlossen, da die Finanzierung ausgelaufen ist. Jedoch ist bereits ein Anschlussprojekt mit einer örtlichen Partnerorganisation des Sozialwerks in einem anderen benachteiligten Quartier geplant. Kolyo hat kurz vor Ende des Projekts eine Vollzeitstelle in seinem Ausbildungsberuf gefunden. Dennoch hat er Monika signalisiert, dass er weiterhin zu ehrenamtlichem Engagement für das Sozialwerk bereit ist.

Gemeinwesen- und Gesundheitsmediator*innen

Petya K. und Ivan P. sind Gemeinwesen- und Gesundheitsmediator*innen. Petya ist in einem benachteiligten Quartier aufgewachsen und hat als einzige in ihrem Jahrgang das Abitur mit der Fachrichtung Verkauf absolviert. Sie arbeitete in diversen Jobs, bis sie über einen anderen bulgarischen Verein das Bulgarisch-Deutsche Sozialwerk kennengelernt hat. Sie hat vielfältige Fort- und Weiterbildungen im Bereich Kinder-, Jugend-, und Familienarbeit absolviert. Das Team hat uns während der gesamten Zeit in Varna begleitet, wobei die beiden uns einen tiefen Einblick in ihren Arbeitsalltag vermittelten.

Das Ziel von Ivan und Petya als Gemeinwesen- und Gesundheitsmediator*innen ist es, dass möglichst viele sozial benachteiligte Menschen Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge erhalten. Sie arbeiten in der Mobilen Familienarbeit des Sozialwerks („home-outreach“) und seiner örtlichen Partnerorganisation, die sich ausschließlich über Spenden (vorwiegend aus Deutschland) finanziert. Außerdem suchen sie Menschen Zuhause in ihren Vierteln auf und unterstützen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Erziehung und in alltäglichen Problemlagen. Über ein eigenes, zentral gelegenes Büro, so wie wir es aus unserer Beratungstätigkeit gewohnt sind, verfügen die beiden nicht. Ihnen steht aber ein Kleinbus zur Verfügung, der vom Kindermissionswerk und vom Freundeskreis des Sozialwerks gespendet wurde. Wie Ivan, der mittlerweile seit 2007 an fünf Tagen die Woche stundenweise in der Mobilen Familienarbeit tätig ist, berichtet, kann hierunter durchaus auch die Reparatur eines undichten Hausdachs am Wochenende fallen.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit waren Petya und Ivan auch für Präventionsprogramme zum Thema Tuberkulose und HIV tätig. Diese seien derzeit allerdings pausiert, da die Finanzierung staatlicherseits im Moment unklar sei.

Nach unserem Besuch erfuhren wir, dass das Tuberkulose-Präventionsprogramm staatlicherseits wieder angefallen sei, Ivan und Petya sich aber nicht mehr daran beteiligen.

So wie die beiden mitteilten, gibt es in Varna sieben „Gesundheitsmediator*innen“. In ganz Bulgarien sind es 250. Derzeit sind 45 weitere Anwarter*innen in Ausbildung.

² Alle verwendeten Namen wurden geändert

Schule in benachteiligtem Quartier und das Projekt Step-In (Studying, Training and Educational Paths for the Education of Young Roma)

Die Schule befindet sich in einem Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf und wird fast ausschließlich von Kindern der Minderheiten besucht. Die Lehrkräfte berichteten davon, dass Eltern, die nicht den Minderheiten angehören, zu einem großen Anteil ihre Kinder die Schule wechseln lassen, wenn eine aus deren Sicht zu große Anzahl von Minderheiten-Kindern, diese besucht.

Eine große Herausforderung für die Schule und ihre Lehrkräfte sind die sinkenden Schülerzahlen aufgrund von Migration der im Stadtteil lebenden Familien ins EU-Ausland. Außerdem sind viele der Schüler*innen zum Schulbeginn der bulgarischen Sprache noch nicht (vollständig) mächtig oder sie unterstützen die Familie bereits bei der Sicherung des Lebensunterhalts oder der Familienarbeit, was für die Lehrkräfte eine weitere Herausforderung im Rahmen des Unterrichts und der Sicherstellung eines regelmäßigen Schulbesuchs darstellt.

Die schulergänzende Bildungsgruppe Step-In, die das Sozialwerk seit 2005 mit Hilfe von Spenden betreibt bzw. fördert und die an der Schule von Diyana K. geleitet wird, hat das Ziel, im Rahmen von Basteln und künstlerischen Tätigkeiten die Kinder zum regelmäßigen Schulbesuch zu motivieren.



Werke der Schüler*innen aus dem Step-In-Projekt

Auch die Lern- und Spielgruppe des Sozialwerks (eine weitere besteht mit einem Verein in einem anderen benachteiligten Wohnquartier; beide sind spendenfinanziert), begleitet von Psychologin/Pädagogin Teodora Z., ermöglicht Kindern im Vorschulalter das spielerische Erlernen der Buchstaben sowie der bulgarischen Sprache und Kultur. Teodora Z. wird durch eine von insgesamt fünf durch das Sozialwerk geschulten Jugendberater*innen unterstützt. Borislava T. ist selbst bulgarische Minderheitenangehörige und studiert Vorschulpädagogik an der Universität Shumen.

Die Eltern und Großeltern der Kinder der Lern- und Spielgruppe sind während einer ausgedehnten Abholphase willkommen und werden einbezogen, sodass auch die Beziehung zwischen ihnen und den Lehrenden verstärkt wird.

Treffen mit Marin P. und Silvia V.

Marin P. ist Vorsitzender eines örtlichen Partner-Vereins des Sozialwerks und ist zugleich im EU-Projekt „HOPE“ (Helping Ourselves Prevent Exploitation)³ des Sozialwerks tätig. Er hat einen guten Kontakt zur Gemeinde der Stadt Varna und schildert in einem gemeinsamen Austauschtreffen mit den Gemeinwesen- und Gesundheitsmediator*innen die Problematiken der Minderheiten.

Die strikte Segregation und der erschwerte Zugang zu Bildung und Arbeit werden dabei als zentrale Probleme dargestellt. Die bereits bestehende Isolierung und extreme Armut verfestigte sich durch fehlende Bildung und Arbeit, wobei häufig eine Abwärtsspirale entsteht.

Gleichzeitig sind viele Minderheitenangehörige offener Diskriminierung ausgesetzt. Marin beschreibt, dass er beobachtet, wie in anderen EU-Ländern viele Menschen Arbeit und Zukunftsperspektiven für sich generieren können, was in Bulgarien meist trotz hoher Motivation und Anstrengung kaum gelinge. Seine Hauptforderung ist die Ermöglichung der Integration der Minderheiten in die bulgarische Gesellschaft. Es müsse von beiden Seiten Aufwand betrieben werden und eine Öffnung stattfinden, damit dies möglich werde. Als zentrales Instrument der Integration benennt Marin Bildung: „Wenn eine Person Analphabet ist, verliert die Person. Wenn es 10 000 sind, verliert der Staat.“ Minderheitenangehörige, die aus unterschiedlichsten Gründen keinen Zugang zum Arbeitsmarkt fänden, seien nicht wegen des Bezugs von Sozialleistungen ein Problem, sondern weil sie nichts in die Systeme einzahlen könnten. Er sagt, es gebe durchaus ausländische Investoren, die Interessen hätten in Bulgarien zu investieren, würden dies aber nicht tun, da es keine qualifizierten Arbeitskräfte gebe.

Die 18-jährige Abiturientin Silvia ist ebenfalls Angehörige einer Minderheiten-Gemeinschaft und leitet im Rahmen des HOPE-Projekts eine Mädchen-/Frauengesprächsrunde, mit dem Ziel, die Mädchen aufzuklären und vor sexueller Ausbeutung zu schützen.

Die junge Frau träumt davon ins Ausland zu gehen und Sozialmanagement studieren, was aber angesichts ihrer aktuellen familiären Situation derzeit unmöglich erscheint. Sie berichtet, dass sie großes Glück gehabt habe, dass ihre Eltern sie nicht, wie sonst üblich, nach der 6. Klasse aus der Schule genommen hätten. Sie sieht für ihre berufliche Entwicklung keine guten Chancen, wenn sie in Bulgarien bleibt, da sie einer Minderheit angehört. Dies betreffe auf der einen Seite die Diskriminierung von außen aber auch die strengen Traditionen. Außerdem möchte sie ihren Freunden zeigen, dass Bildung und Ausbildung wichtiger und nachhaltiger sind, als schnelles Geldverdienen.

Marin betont in dem Gespräch, dass es tatsächlich ein Wunder sei, dass S. die Schule bis zum Ende habe besuchen können. Die Minderheiten-Gesellschaft brauche solcherart Modelle und sie sei ein sehr gutes Beispiel.

3 Nachtrag: Das Projekt HOPE ist am 30.6.2019 ausgelaufen.

Tag 2: Sozialstation St. Andreas, ein Dorf mit benachteiligtem Quartier und ein weiteres Dorf in der Nähe von Varna

Besuch in der Sozialstation St. Andreas

In der Sozialstation St. Andreas, die durch das Bulgarisch-Deutsche Sozialwerk getragen wird, sind drei Pflegekräfte und zwei Sozialarbeiter beschäftigt. Ziel der Sozialstation ist die Fürsorge für ältere, hilfsbedürftige und armutsbetroffene Menschen in Varna. Die Mitarbeiterinnen berichten, dass eine Vielzahl der bulgarischen Rentner*innen von Altersarmut und Vereinsamung betroffen sei. Als Gründe hierfür nennen sie die teils sehr geringen Renten sowie die Abwanderung der jüngeren, arbeitsfähigen Menschen. Viele ältere Menschen, die Medikamente benötigen, könnten sich nach dem Kauf der Medikamente nicht mehr ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgen. Nur ca. 20 % der Kosten für Medikamente würden von der Krankenversicherung übernommen, was viele Personen finanziell belastet. Die Sozialstation sorgt derzeit für 25 Personen mit Essen auf Rädern. Etwa 80 weitere Personen werden mit Lebensmittelpaketen unterstützt, die Grundnahrungsmittel für ca. 1 Monat beinhalten. 15 Personen erhalten Unterstützung im gesundheitlichen/pflegerischen Bereich. Der Anteil der Frauen an der unterstützten Personengruppe liege derzeit etwas höher. Personen, die einmal in das Programm aufgenommen worden sind, werden bis zu ihrem Lebensende durch das Programm begleitet. Ungefähr zehn ratsuchende Personen verfügen über keine eigene Wohnung, zwei davon leben in einer Obdachlosenunterkunft. Die Umstände dort wurden von den Mitarbeiter*innen der Sozialstation als „belastend“ bezeichnet. Allgemein gebe es in den Obdachlosenheimen kaum soziale Unterstützung für die Menschen.

Eine mit der deutschen ambulanten Pflege vergleichbare Versorgung im häuslichen Umfeld könne durch die Sozialstation nicht geleistet werden. Eine Aufnahme besonders hilfsbedürftiger Menschen in Pflegeheime und Hospize sei mit viel zu hohen Kosten von ca. 700-1000 Leva (ca. 357 bis 510 €) pro Monat verbunden, vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass viele Rentner*innen lediglich eine Rente in Höhe von 250 Leva (ca. 127 €) erhalten.

Die Zielgruppe erfährt über das Angebot der Sozialstation mittels Mund-zu-Mund-Propaganda und über die Internetseite, teilweise kommen auch Anfragen seitens der kommunalen Sozialbehörden. Angesichts der begrenzten personellen Kapazitäten gebe es aktuell auch eine Warteliste und nicht jede anfragende Person könne aufgenommen werden. Manchmal gebe es Anrufe von Angehörigen aus dem Ausland, die sich um ihre alten und hilfsbedürftigen Verwandten sorgen.

Ein Ziel unserer Reise nach Bulgarien war es auch Informationen über das System der Sozialhilfe zu erhalten. Dies gestaltete sich trotz Übersetzung nicht ganz einfach.

Es sei wohl in medizinischen Notfällen möglich, eine einmalige Hilfe in Höhe von 300 Leva (ca. 153 €) für Einzelpersonen zu beantragen, das sei aber ein sehr komplizierter Vorgang. Weitere Unterstützung sei eigentlich nur durch NGOs möglich.

Neben der Sozialstation betreibt das Bulgarisch-Deutsche Sozialwerk den sogenannten Wunschclub. Hierbei handelt es sich um einen Treffpunkt, in dem u. a. Senior*innen Gelegenheit zu gemeinsamen Aktivitäten erhalten. Es wird zusammen gegessen, getrunken, gespielt, gebastelt und vieles mehr. Die Treffen im Wunschclub wirken der Einsamkeit entgegen und werden von den Personen sehr gerne angenommen.

Schule in einem Dorf mit benachteiligtem Quartier

Die Schule liegt in einem etwas außerhalb Varnas gelegenen, ca. 3000 Einwohner zählenden Dorf. Auch auf dieser Schule sind - bis auf eines - alle Kinder Minderheitenangehörige. Allgegenwärtiges Thema der Schüler*innen ist Migration. Jedes der Kinder hat Erfahrungen mit Eltern, Großeltern und/oder anderen Verwandten, die ins EU-Ausland ausgewandert sind, um dort Arbeit zu finden und die Familie zu unterstützen. Im Rahmen des Unterrichts wird das Thema Migration gemeinsam in der Klasse bearbeitet. Es werden Texte über persönliche Traumberufe und Zukunftswünsche verfasst und nach Möglichkeit persönliche und berufliche Zukunftsperspektiven in der Heimat hergestellt.

Auch an dieser Schule gibt es seit 2007 ein spendenbasiertes STEP IN Projekt des Sozialwerks. Eine ursprüngliche finanzielle Unterstützung der Stadt Varna ist laut Information von Monika Heitmann weggefallen.

Stefan ist Schüler der sechsten Klasse an der Schule. Er hat im Rahmen der schulergänzenden Bildungsgruppe STEP IN des Sozialwerks am Literaturwettbewerb „Varna Lit 2019“ teilgenommen, der im Jahr 2019 unter dem Motto „Meine großen und kleinen Familiengeschichten“ stand. Sein Text trägt den Titel „Der richtige Mann am richtigen Platz“ und handelt von seinem Aufenthalt in Deutschland, Heimweh und der Rückkehr in sein Heimatdorf in Bulgarien. Er beschreibt in seinem Text sehr anschaulich, was die Perspektivlosigkeit in seinem Heimatdorf und gleichzeitig auch die Trennung der gewohnten Umgebung bedeuten können.

Anlässlich unseres Besuchs wurde mit einigen Klassenkamerad*innen von Stefan eine STEP-IN-Stunde Unterrichtseinheit vorbereitet, in der verschiedene Fragen zum Thema Migration thematisiert wurden. Einige der Fragen und die Antworten der Schüler möchten wir an dieser Stelle in Stichpunkten festhalten. Die Antworten der Kinder wurden uns von Frau Heitmann und Frau Tsakova sinngemäß übersetzt und sind folglich nicht als direkte Zitate anzusehen.



Schule in Dorf mit benachteiligtem Wohnquartier

„Warum verlassen unsere Verwandten Bulgarien?“

„Kein Geld, keine Arbeit, keine Zukunft, nichts zu Essen.“

„Von 225 € Gehalt und 70 € Kindergeld kann man als vierköpfige Familie nicht leben.“

„Unser Staat ist arm und korrupt.“

„Was machen unsere Eltern im Ausland?“

„Mein Vater verkauft in Polen auf dem Markt Lebensmittel, weil er will, dass wir ein gutes Leben haben.“

„Chauffeur, Lebensmittelpackerin, Küchenhilfe.“

„Migration ist Alltag, es gibt nicht eine Familie, wo keiner im Ausland ist.“

„Welches Geld verdienen wir im Ausland?“

„Meine Mutter verdient als Hilfsköchin in Deutschland 1500 €, so viel bekommt hier nicht mal der Schuldirektor. In Bulgarien würde sie nicht mal 5 € die Stunde bekommen.“

„Bleibt Ihr in Bulgarien?“

„Ich möchte die Schule weitermachen.“

„Ich möchte den Lebensmittelladen meiner Eltern schließen, einen Friseursalon daraus machen und für meine Eltern sorgen.“

„Ich möchte Taxifahrer werden.“

Die Lehrer*innen der beiden Schulen beschreiben identische Problematiken. Die strikte Trennung von Kindern der Minderheiten von denen, die nicht Teil der Minderheiten sind, führt zur Verfestigung der bereits bestehenden Segregation. Viele der Menschen leben ausgegrenzt am

Stadtrand in extremer Armut, sodass die Kinder oft bereits in jungen Jahren die Eltern bei der Familienarbeit und der Sicherung des Lebensunterhalts durch Arbeit unterstützen müssen. Nicht wenige Familien verlassen das Land, um außerhalb Bulgariens eine bessere Zukunft zu finden. Die Sicherstellung des regelmäßigen Schulbesuchs, die Thematisierung von Migration und Familie sowie die sinkenden Schülerzahlen an beiden Schulen stellen die Lehrkräfte vor große Herausforderungen. Mit dem Weggang der Schüler*innen werden Lehrkräfte arbeitslos. Sie müssen dann oftmals einfache Hilfstätigkeiten annehmen. In den Schulen fehlt es an Geld, da das Schulbudget für Licht, Wasser, Gebäudeinstandhaltung und Gehälter an die Schülerzahl gekoppelt ist. In einer der beiden Schulen seien die Schülerzahlen von 2016 bis 2019 von 380 auf 180 gesunken.

Ein „geteiltes“ Dorf

Eine Tatsache, die uns als Besuchergruppe besonders aufgefallen ist, ist die Trennung des Dorfes in einen von den Minderheiten und einen von der Nicht-Minderheiten-Bevölkerung bewohnten Teil. Zwischen den zwei Teilen des Dorfes liegen die Schule und eine große Grasfläche. Im von den Minderheiten bewohnten Teil sind, im Vergleich zu dem anderen Teil, Straßen und Wege überwiegend nicht befestigt. Die Familien wohnen in einfachsten Häusern, ohne jegliche Dämmung gegen Wärme und Kälte, die meist nur aus einem Raum bestehen und oft auch über keine soliden Dächer, Fenster und Türen verfügen. Die wenigsten haben Zugang zu fließendem Wasser, Strom und Gas. Geheizt wird mit Kohle oder Holz. Die

Häuser sind überwiegend nicht an die Kanalisation angeschlossen. Zudem leben die Personen auf engstem Raum.

Wir hatten während unseres Besuchs die Gelegenheit, den Bürgermeister des Dorfes zu treffen. Dieser gehört den Minderheiten an und lebt im von diesen bewohnten Dorfteil. Sein Büro befindet sich in dem gegenüberliegenden Dorfteil. Wie uns berichtet wurde, würden die Menschen aus dem Minderheiten-Teil den anderen Dorfbereich durchaus besuchen, umgekehrt aber nicht.

Die Situation, insbesondere der jungen Minderheitenangehörigen, ist dem Bürgermeister ein besonderes Anliegen. Er habe sich dafür eingesetzt, dass die Menschen die Möglichkeit erhalten, Häuser und Land von der Kommune zu erwerben. Nahezu sämtliches Geld, das die Menschen für ihren Lebensunterhalt benötigten, würden sie im Ausland erwirtschaften. Anders als in anderen Dörfern sei der Großteil der in diesem Dorf stehenden Häuser legal errichtet worden. Außerdem habe er den Bau einer 13 km langen Wasserleitung für den Minderheiten-Teil des Ortes beantragt, mit dem ab Juni 2019 begonnen werden soll. Im Moment gebe es nur einen Brunnen.

Wir haben den Bürgermeister danach gefragt, in welcher Art und Weise er im Dorf Diskriminierung erleben würde. Hierauf antwortete er, dass er vor allem die Diskriminierung bzw. Trennung in den Schulen als problematisch ansehe. Wenn junge Menschen stattdessen von klein auf zusammen lernten, sei dies ein gutes Gegenmittel. Hier sieht er den bulgarischen Staat in der Pflicht.

Besuch bei Irina und Georgi außerhalb von Varna

Einige Kilometer außerhalb von Varna besuchten wir ein kleineres Dorf mit ca. 2000 Einwohner*innen.

Im Dorf besuchen wir Irina und ihren vier Jahre alten Sohn Georgi. Die beiden erhalten Unterstützung von Petya und Ivan sowie dem Sozialwerk und seiner einheimischen Partnerorganisation. Georgi leidet an einer geistigen Behinderung sowie Epilepsie und lebt mit seiner Mutter und seiner Großtante in einem baufälligen Haus, ohne sanitäre Anlagen. Das Jugendamt habe ihr, so berichtet die junge Mutter, gedroht Georgi in Obhut zu nehmen, wenn sich an der Situation nichts ändere. Mit Hilfe von Petya und Ivan sowie dem Sozialwerk und seines örtlichen Partnervereins sind an dem Haus bereits einige Reparaturen vorgenommen worden.

Angesichts ihrer eigenen Perspektivlosigkeit ist Irina darüber sehr verzweifelt. Sie habe keine Möglichkeit eine Arbeit aufzunehmen, da sie einer Minderheit angehöre, keinen Beruf erlernt habe und sich rund um die Uhr um ihren Sohn kümmern müsse. Außerdem erhalte sie keinerlei staatliche Unterstützung. Spezielle Angebote für Kinder mit Behinderungen, z. B. in Form einer integrativen Kindertagesstätte, so wie wir es aus Deutschland kennen, gebe es nicht. Wie wir im Nachgang unserer Reise erfahren ist Georgi inzwischen dank Petya und Ivan, dem Sozialwerk und seiner örtlichen Partnerorganisation in einer speziellen Bildungseinrichtung, die ihn fördert, in Varna angenommen worden.

Im Anschluss an den Besuch bei der kleinen Familie war noch Zeit für einen Austausch mit dem Bürgermeister des

Dorfes im lokalen Supermarkt, der auch als Treffpunkt für die Bewohner*innen genutzt wird.

Der Bürgermeister weiß von einigen positiven Entwicklungen im Dorf zu berichten. Seit neuestem gebe es eine Schule, die von einer ausländischen NGO gebaut worden sei und Platz für 250 Schüler*innen bietet. Außerdem verfüge das Dorf über einen Kindergarten mit 60 Plätzen für Kinder von drei bis fünf Jahren, eine Bibliothek und einen Seniorenclub. Im Umland gebe es heiße Quellen, die für Touristen interessant seien, eine Entenfarm, ein Pferdegestüt und vier Firmen, bei denen es Arbeit in der Getreideproduktion gebe.

Zeitgleich ist aber immer wieder auch die Rede davon, wie hoch die Armut in Bulgarien sei, von der Korruption des Staates und davon, dass Dörfer wie dieses vom Staat „vergessen“ werden.

Durch die extreme Armut und die geringen Bildungschancen sind junge Menschen besonders gefährdet, Opfer von Menschenhandel zu werden. Oftmals gibt es Männer, die nicht selten auch aus dem familiären bzw. nachbarschaftlichen Umfeld stammen, die den Mädchen und jungen Frauen teure Kleidungsstücke, Markenschuhe oder auch die große Liebe versprechen, um sie in die Prostitution zu locken. Schlussendlich entpuppen sich diese Personen dann als Zuhälter, die die Betroffenen psychisch und physisch massiv unter Druck setzen und zur Prostitution in Deutschland oder anderen EU-Staaten zwingen. Laut Petya und Ivan ist das ein Schicksal, von dem eine Vielzahl von Menschen (auch unsere Klientel in Münster) betroffen ist. Außerdem erhielten wir die Information, dass Mädchen oder junge Frauen mit geistigen Behinderungen für diese Art von Ausbeutung besonders gefährdet sind. Monika Heitmann und ihr Team haben zur Aufklärungs- und Präventionsarbeit in diesem Themengebiet eigens ein Arbeitsheft entwickelt, welches Monika uns während der Fahrt zeigt und das sie am nächsten Tag den Mitarbeiterinnen einer Sozialbehörde in Varna vorstellen wolle.

Tag 3: Besuch einer Varnaer Sozialbehörde – Zeit für offene Fragen

Diesen Termin verdanken wir dem Zufall, dass Monika Heitmann noch spontan einen Termin bei einer Sozialbehörde in Varna erhalten hat, bei dem unsere Gruppe sie begleiten durfte.

Die Behörde ist zuständig für die Gewährung von Sozial- und Familienhilfen, für den Kinderschutz, die Integration von Menschen mit Behinderung und die institutionelle Unterbringung von Menschen.

Gewaltprävention und sexuelle Gewalt

Bevor wir zahlreiche Informationen zu unterschiedlichen Themen erfragen konnten, hatte Monika die Möglichkeit, den Behördenvertreterinnen das Arbeitsheft zur sexuellen Ausbeutung für junge Menschen vorzustellen, das an anderer Stelle bereits erwähnt wurde. Eine Mitarbeiterin der Behörde teilte in diesem Zusammenhang mit, dass sexuelle Gewalt häufig im familiären Umfeld stattfindet und deshalb viel zu wenige Menschen ihre Notlagen öffentlich

machten. Besonders gefährdet seien Kinder. Jüngere Kinder könnten nicht über das erfahrene Leid sprechen, ältere würden sich vielfach schämen. Das neu-erarbeitete Heft sei eine wichtige Unterstützung, um über dieses schwierige Thema mit den jungen Menschen in einen Austausch zu kommen. In 2018 habe es 68 registrierte Fälle von sexueller Gewalt gegen Kinder gegeben, darunter auch Kinderpornographie.

Der Prävention und dem Empowerment wird eine hohe Bedeutung beigemessen. In der Kommune Varna gebe es eine spezielle Abteilung Prävention, die Aufklärungsarbeit in Schulen, Heimen und in von Minderheiten bewohnten Vierteln durchführe. Lokale und nationale Kommissionen arbeiten eng zusammen. Hauptaugenmerk liege auf sexuellem Risikoverhalten und gesundheitlichen Aspekten sowie auf der Prävention von Menschenhandel. Im Einzelfall würden Polizei, Sozialdirektionen, Schulen, Staatsanwaltschaft und Vertreter*innen sozialer Dienste individuelle Hilfepläne für betroffene Personen erstellen.

Für Menschen, die Opfer von sexualisierter Gewalt geworden seien, stünde eine 24 Stunden besetzte staatliche Hotline (Nr. 116 111 = nationale Telefonlinie für Kinder) zur Verfügung. Außerdem würden von unterschiedlichen NGOs Krisenzentren vorgehalten. Für Kinder gebe es 20 Plätze, für Erwachsene zehn und speziell für Opfer von Menschenhandel gebe es noch einmal fünf bis acht Plätze. Die Unterbringung erfolge anonym.

Bei häuslicher Gewalt könne die Behörde aktiv werden, z. B. könnten die Täter verwarnt oder bestraft werden und es gebe Aggressionspräventionsprogramme.

Sexuelle Übergriffe werden in einer Statistik erfasst, allerdings gebe dort aber keine Angaben zur ethnischen Zugehörigkeit von Opfern und Tätern. Allgemein gehen unsere Gesprächspartnerinnen davon aus, dass Menschen, die einer Minderheit angehören, sich bei Gewaltvorfällen eher nicht an staatliche Institutionen wenden.

Sozialhilfe

Während unseres Besuchs erhielten wir die im Folgenden geschilderten Informationen zum System der Sozialhilfe. Trotz zweier Übersetzerinnen waren die Zusammenhänge häufig schwer zu durchschauen.

Es gibt verschiedene Arten von Sozialhilfe: Sozialhilfe für Einzelpersonen, eine Art Heizkostenunterstützung für einkommensschwache Familien und eine Sozialhilfe speziell für Familien. In Varna, das über eine Einwohnerzahl von ca. 370.000 Personen verfügt, beziehen laut Angabe der Behörde 300 Personen Sozialhilfe für Einzelpersonen, 20.000 Familien bezögen spezielle Unterstützung für Familien.

Die Arbeitslosenquote liege aktuell bei zwei Prozent. Besonders in den Bereichen Handel, Dienstleistungen und Tourismus fehlen Mitarbeiter*innen. Sozialhilfeempfänger*innen seien überwiegend alleinerziehende Mütter und Menschen mit geistigen Behinderungen. Die Voraussetzungen zum Bezug von Sozialhilfe beschreiben selbst die beiden Mitarbeiterinnen als schwierig. Eine Vorausset-

zung sei, dass Antragsteller*innen eine Wohnung nachweisen. Bei der Berechnung der Leistungen gehe man von einem gesetzlichen Mindesteinkommen von monatlich 75 Leva (ca. 38 €) pro Person aus. Je nach Anzahl der Personen, der Schwere der Behinderung oder dem Schulbesuch der Kinder werde der Betrag weiter angepasst. 2009 habe die Zahl der Leistungsbezieher*innen noch bei 9000 Personen gelegen, was einem Rückgang von 97% gleichkäme. Die Gesprächspartnerinnen teilten mit, dass dies auch auf den Rückgang der Minderheitenzahlen sowie den Zurückgang der Erwerbslosenzahlen zurückzuführen sei. Die aktuelle Armutsgrenze liegt bei 348 Leva (ca. 177 €).

Die Mitarbeiterinnen teilen mit, dass eine Vielzahl der arbeitslosen Menschen, die Sozialhilfe beantragen müssen, vor oder auch während des Leistungsbezugs undokumentiert arbeiten würden, da die Leistungen zum Bestreiten des Lebensunterhalts nicht ausreichen würden.

Bezüglich der Familienhilfe erhielten wir folgende Informationen: Die Unterstützung beruhe grundsätzlich auf der Einkommensberechnung von einem Jahr. Das monatliche Einkommen müsse unter 400 LEVA (ca. 204 €) liegen; d.h. für eine vierköpfige Familie liegt die Einkommensgrenze bei 1600 LEVA (ca. 816 €). Die Familienunterstützung ist aus unterschiedlichen Einzelleistungen zusammengesetzt. Beispielsweise gebe es Hilfen für Familien mit Zwillingen, arbeitslose Mütter, bei Geburt eines Kindes (siehe auch Kindergeld), für Schwangere ohne Krankenversicherung, eine Zahlung für Erstklässler und studentische Mütter. Die Höhe der Familienunterstützung schwanke abhängig vom zur Verfügung stehenden Staatsbudget, wobei für das Jahr 2019 eine Erhöhung geplant sei.

Besonders interessant war für uns, neben den Voraussetzungen, auch das Vorgehen bei der Antragsstellung. Die Antragsteller*innen müssen zunächst ein Formular ausfüllen. Die Angaben werden dann elektronisch auf ihre Richtigkeit überprüft. Hilfe beim Ausfüllen wird von Seiten der Behörde nicht angeboten, es werden lediglich Erklärungen zum Ausfüllen gegeben. Insbesondere junge Menschen können, im Gegensatz zu der Generation, die im Sozialismus aufgewachsen ist, nicht schreiben. Eine Übernahme der Mietkosten erfolge nur bei Alleinstehenden oder Personen mit Behinderungen.

Sozialer Wohnungsbau

Laut Informationen der Behörde seien seit Ende des Sozialismus keine Sozialwohnungen mehr gebaut worden. In der Vergangenheit habe es eine Projektausschreibung für soziale Wohnungsbauprogramme gegeben, für die sie Stadt Varna sich beworben und auch gewonnen habe. Schließlich sei das Projekt aber nicht umsetzbar gewesen, da es massive Proteste von Anwohner*innen gegeben habe.

Wohnungslosigkeit

Die Mitarbeiterinnen berichteten von kommunalen Notunterkünften, die vor allem im Winter genutzt würden. Die Nutzer*innen seien überwiegend alkoholabhängig oder lit-

ten an psychiatrischen Erkrankungen oder geistigen Behinderungen. Die Einweisung erfolge über die Kommune und es gebe vor Ort unterstützende Sozialarbeit. Im Sommer gebe es 60 Plätze, im Winter werde auf 200 Plätze aufgestockt. Auch Personen, die über keine eigene Wohnung verfügen, behalten eine Adresse, die auf ihrem Personalausweis vermerkt bleibt.



Auf dieser Freifläche in einem benachteiligten Quartier stand eine große Anzahl Häuser, die wegen des Neubaus einer Straße abgerissen wurden.

Mittellose Unionsbürger*innen in Bulgarien

Während des Gesprächs nutzten wir die Möglichkeit, uns zu erkundigen, was passieren würde, wenn eine*r von uns als mobile*r Unionsbürger*in mittellos in Varna leben würde und mit welcher Unterstützung zu rechnen sei. Bedauerlicherweise war die Antwort wenig erfreulich: Wenn die Person minderjährig sei, werde sie vom Jugendamt in einer Pflegefamilie untergebracht, für Erwachsene sei man nicht zuständig, diese müssten an die Polizei verwiesen werden. Hier stellt sich uns die Frage, inwiefern das beschriebene Vorgehen mit EU-Recht vereinbar ist, was sich an dieser Stelle und sicherlich auch auf höheren Ebenen nicht kurzfristig klären lässt.

„Eurowaisen“

Die Gesprächspartnerinnen in der Behörde berichten von Anfragen von Familien, die ins Ausland gegangen seien und die ihre Kinder allein oder bei Verwandten oder Bekannten zurückgelassen hätten. Unter bestimmten Umständen sei es möglich, dass diese Kinder von den bulgarischen Behörden in Obhut genommen werden. In manchen dieser Fälle gingen dann Anrufe von ausländischen Sozialberatungsstellen ein, weil die Eltern ihre Kinder suchten. In Obhut genommene Kinder könnten nach sechs Monaten zur Adoption frei gegeben werden. Über Zahlen konnten die Mitarbeiter*innen keine Angaben machen.

Weiterführende Informationen

Im folgenden Abschnitt möchten wir weitere Informationen zu unterschiedlichen Themen zusammentragen, über die mehr zu erfahren ein wichtiges Ziel unserer Reise war. Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass die Informationen auf dem Austausch mit ortsansässigen Personen basieren.

Frau Heitmann und Frau Tsakova waren in die Gespräche insbesondere als Übersetzerinnen involviert. Eine eigene Recherche innerhalb der Informationsportale der bulgarischen Behörden war uns mangels eigener Sprachkenntnisse nicht möglich. Zur Vervollständigung der seitens unserer Gesprächspartner*innen zur Verfügung gestellten Informationen wurde das Portal EURES der Europäischen Kommission genutzt. Dieses bietet online eine Art Kompass für die Sozialsysteme der einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Rückkehrperspektiven

Während unseres Besuchs wurden wiederkehrend die Probleme, die aus der Abwanderung vieler Familien nach Deutschland oder in andere EU-Mitgliedsstaaten entstehen, thematisiert. Ein weiterer Aspekt, der uns interessierte, war die Frage nach Rückkehrperspektiven für Menschen, denen es nicht gelingt, in Deutschland Fuß zu fassen und deren Armut und Verelendung sich in Deutschland im Vergleich zu Bulgarien noch zu verschlimmern scheint. Diese Thematik wurde von unseren Gesprächspartner*innen oft als „sehr schwierig“ eingestuft.

Menschen, die mittellos nach Bulgarien zurückkehren, hätten keine Perspektive auf Unterbringung, sofern sich nicht bei Verwandten unterkommen könnten. Darüber hinaus gebe es keine staatlichen Transferleistungen bzw. diese nur in „lächerlich“ geringer Höhe. Auch wenn in ihren Ausweisen eine Meldeadresse stehe, gebe es in Bulgarien oft keine Wohnmöglichkeit mehr. Manchmal würden irregulär errichtete Häuser auch während der Abwesenheit der Menschen abgerissen und die Personen seien faktisch in Bulgarien obdachlos.

Eine solch prekäre Situation ist uns z. B. in einem benachteiligten Quartier in Varna begegnet. Ein Gesprächspartner antwortete: „Zurückkommen und gar nichts haben, geht nicht!“ Die Gründe für den Umzug in andere Mitgliedsstaaten (unzureichende Krankenversorgung, keine Chance auf dem Arbeitsmarkt, Diskriminierung, etc.) sprächen an sich schon gegen eine Rückkehr nach Bulgarien. Außerdem sei - vor allem in Deutschland - die Haltung Minderheiten gegenüber überwiegend eine völlig andere, beispielsweise mit Blick auf den Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt oder Diskriminierung im öffentlichen Raum. Die Menschen fühlten sich deutlich weniger diskriminiert.

Laut den Mitarbeiterinnen der Sozialbehörde gebe es keine speziellen Anlaufstellen für Familien, die zurückkehren und Hilfe benötigten. Wenn es sich um die Rückführung eines allein reisenden Kindes handele, schalte sich das Jugendamt ein.

Gesundheitsversorgung

Es war häufig herausfordernd, genaue Informationen zum Gesundheitssystem in Bulgarien zu erlangen. Der folgende Auszug stammt aus dem Portal EURES aus Mai 2019⁴.

⁴ verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eures/main.jsp?catId=8757&acro=living&lang=de&parentId=7803&countryId=BG&living=> [zuletzt abgerufen am 09.08.2019]

„Das Gesundheitssystem Bulgariens wird vom Gesundheitsministerium organisiert und verwaltet. Die nationale Krankenkasse (NZOK) verwaltet die beitragsfinanzierten Gesundheitsausgaben. Pflichtbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung zahlen alle abhängig Beschäftigten und Selbständigen; die Arbeitgeber ziehen die Beiträge für ihre Mitarbeiter jeden Monat vom Lohn ab und führen diese zusammen mit anderen zu zahlenden Sozialbeiträgen ab. Selbständige entrichten ihre Krankenversicherungsbeiträge eigenständig.“ (EURES, 2019)

Laut den Informationen unserer Gesprächspartner*innen übernehmen die Arbeitgeber 60% der Krankenkassenbeiträge. Als Arbeitnehmer gelte, wer vier Stunden oder mehr arbeite und über einen regulären Arbeitsvertrag verfüge. Weiter heißt es im Portal EURES:

„Die Versicherten haben Anspruch auf medizinische Leistungen von niedergelassenen Ärzten, Krankenhäusern und Heilanstalten, die einen Vertrag mit der Krankenkasse geschlossen haben. Die ambulante medizinische Versorgung (außer Rettungsdienst) obliegt privaten natürlichen oder juristischen Personen, die mit der nationalen Krankenkasse (NZOK) Rahmenverträge geschlossen haben. Jeder Versicherte wählt einen Hausarzt (Allgemeinmediziner), den er bei Bedarf aufsucht. Falls dieser Hausarzt für die Behandlung der jeweiligen Krankheit nicht genügend qualifiziert ist, überweist er den Patienten an einen Facharzt, der mit der nationalen Krankenkasse zusammenarbeitet. Für einen Termin beim Hausarzt sowie einen Besuch bei einem Facharzt nach Überweisung durch den Hausarzt wird nur eine kleine Gebühr in Höhe von 2,90 Leva (ca. 1,50 €) erhoben. Der Tagessatz für einen Krankenhausaufenthalt beläuft sich auf 5,80 LEVA (ca. 2,95 €) pro Tag für höchstens zehn Tage im Jahr.

Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr, Schwangere, nicht erwerbstätige Familienangehörige von Versicherten sowie Militäranghörige und einige weitere Personengruppen sind von diesen Gebühren befreit.“ (ebd.)

Die kostenlose medizinische Behandlung von Kindern versicherter Eltern gelte laut Angaben unserer Gesprächspartner*innen nur für die hausärztliche Versorgung. Größere, komplizierte Operationen müssten von den Eltern eigenständig gezahlt werden. Daher gebe es ständig Spendenaktionen zu Gunsten erkrankter Kinder.

„Wer nicht versichert ist, muss über die Gebühr hinaus die Behandlungskosten selbst tragen.“ (ebd.)

Diese Aussage bezüglich nicht-versicherten Personen scheint, auch im Vergleich mit Deutschland, wenig überraschend. Sie betrifft jedoch eine Vielzahl der Familien, die Hilfe z. B. von Ivan und Petya sowie dem Bulgarisch-Deutschen Sozialwerk und seiner örtlichen Partnerorganisation erhalten. Laut unseren Informationen ist der Krankentransport im Notfall scheinbar kostenlos, was viele nicht-versicherte Menschen, insbesondere der Minderheiten nutzen würden. Die eigentliche medizinische Versorgung könnten sie dann aber nicht finanzieren. Hier sei es aber

möglich, Unterstützung im Rahmen spezieller (inter-)nationaler Programme und/oder von NGOs zu erhalten. Als Beispiel dafür wurde von Ivan die Behandlung von Tuberkulose genannt.

Über das Personal im Gesundheitswesen erfahren wir, dass es einen massiven Mangel an pflegerischem und ärztlichem Personal gibt. Offenkundig fehlen insgesamt 60.000 Fachkräfte. Die Personen würden nach abgeschlossener Ausbildung vielfach in andere EU-Länder abwandern, da sie dort ein deutlich höheres Gehalt beziehen. Der Mindestlohn lag 2019 in Bulgarien bei 560 Leva (ca. 285 €) und 2020 bei 610 Leva (ca. 310 €).

Kindergeld

Kindergeld erhalten ausschließlich Familien, die unterhalb einer Einkommensgrenze von 400 Leva (bzw. 450 Leva nur im ersten Lebensjahr des Kindes, also 204 bzw. 230 €) liegen (umgerechnet 204 bzw. 230 €). Bei Überschreiten der Einkommensgrenze erlösche der Anspruch. Dies führe laut Ivan zu Unmut in der Bevölkerung, da Personen die kaum mehr als das Geld verdienen, dass als Begrenzung festgelegt werde, bereits nicht mehr anspruchsberechtigt seien.

Der Höhe des Kindergelds beläuft sich laut EURES aktuell auf „monatlich für Familien mit einem Kind auf 40 Leva [ca. 20 €], für Familien mit zwei Kindern auf 90 Leva [ca. 45 €], für Familien mit drei Kindern auf 135 Leva [ca. 68 €] und für Familien mit vier Kindern auf 145 Leva [ca. 75 €]. Die Beihilfe wird für jedes nachfolgende Kind in der Familie um jeweils 20 Leva [ca. 10 €] erhöht. Bei Mehrlingsgeburten beläuft sich die Leistung pro Zwilling auf 75 Leva [ca. 38 €]. Für Kinder mit Behinderungen wird eine Leistung in Höhe von 100 Leva [ca. 51 €] unabhängig vom Familieneinkommen gewährt. Damit Sie diese Beihilfe erhalten, müssen Sie ein Antragsformular ausfüllen und dieses zusammen mit den anderen erforderlichen Dokumenten bei der Direktion für Sozialhilfe, die für den Wohnsitz der Mutter zuständig ist, vorlegen. Davon ausgeschlossen sind Familien, in denen die Eltern unverheiratet zusammenleben.“ (ebd.)⁵

Uns wurde berichtet, dass die Menschen beim Ausfüllen der Anträge keine Unterstützung seitens staatlicher Institutionen erhalten. Analphabet*innen oder Menschen, die der bulgarischen Sprache nicht mächtig seien, müssten sich eigenständig Hilfe suchen. Zudem wurde uns das Ausfüllen der Anträge als sehr komplex und umständlich beschrieben.

Kirchliches Engagement für armutsbetroffene Menschen in Bulgarien

Als Mitarbeiter*innen einer kirchlichen Stiftung waren wir daran interessiert zu erfahren, inwiefern sich kirchliche Einrichtungen in Bulgarien in der Versorgung armutsbetroffener Menschen engagieren. Die Mitarbeiter*innen des Wunschclubs berichteten, dass es in Bulgarien keine Kirchensteuer gebe und die Kirche demnach nur über geringe Ressourcen verfüge. Die orthodoxen Kirchen betrie-

⁵ verfügbar unter <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1103&langId=de&intPagelId=5059> [zuletzt abgerufen am 09.08.2019]

ben im Winter Essensausgabestellen und einige prominente Priester würden sich darüber hinaus persönlich (aber nicht institutionalisiert) engagieren. Der Großteil kirchlichen Engagements komme aus dem Ausland.

Zusammenfassung und Ausblick

Während unserer viertägigen Reise konnten wir zahlreiche interessante und wichtige Erkenntnisse gewinnen, die für unsere alltägliche Arbeit in der Beratungsstelle außerordentlich hilfreich sind.

Wir haben viel über die Lebensumstände mobiler Unionsbürger*innen sowie über die Ursachen und Folgen ihres Weggangs aus Bulgarien erfahren und möchten die Erkenntnisse abschließend noch einmal zusammenfassen:

Die Menschen aus den benachteiligten Gebieten Bulgariens sind auf der Suche nach einer besseren Lebensperspektive für sich und ihre Familien. In diesem Rahmen entscheiden sich viele Personen, von ihrem Recht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit Gebrauch zu machen und migrieren ins europäische Ausland und dabei auch nach Deutschland. Über die vielfältigen Gründe haben wir Informationen aus „Erster Hand“ erhalten:

Allen voran ist die existenzielle Armut zu nennen, die dazu führt, dass sogar Kinder verfrüht aus der Schule genommen werden, um als minderjährige Arbeitskraft einen Beitrag zum Lebensunterhalt der Familie oder der häuslichen Familienarbeit leisten zu können. Die Armut ist das Resultat von Arbeitslosigkeit mangels Ausbildung oder Zugehörigkeit zu einer Minderheit und damit einhergehender Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt.

Zweitens kommt die offene Diskriminierung auf der Straße hinzu, z. B. in Form von Beschimpfungen, physischer Gewalt, Verweigerung von Zugang zu öffentlichen Einrichtungen etc. Die Diskriminierung erschwert auch den Zugang zum Bildungssystem aus den o.g. Gründen und der Trennung von Kindern die nicht Angehörige einer Minderheit sind, von denen, die es sind.

Drittens sind unzureichende Zugang zum Gesundheitssystem und viertens die unzureichenden Sozialleistungen sowie der erschwerte Zugang dazu als weitere Gründe zu nennen.

Die Folgen des Weggangs wurden im Wesentlichen schon beschrieben. Einige sollen an dieser Stelle noch einmal hervorgehoben werden:

Individuelle Folgen, z. B. Trennung der Familien und emotionale Belastungen: Die Menschen leben voneinander getrennt, sie vermissen ihre (vielleicht auch gesundheitlich beeinträchtigten) Eltern und ihre Kinder, die sie zurücklassen müssen. Darunter leiden unter Umständen auch die Bindung zu den Kindern und damit die Erziehung. Die Menschen stehen unter großem emotionalen aber auch finanziellen bzw. Leistungsdruck, da sie die Personen im Herkunftsland „versorgen“ müssen.

Gesellschaftliche Auswirkungen, z. B. auf das Schul- und Gesundheitssystem: In den Schulen in Varna fehlen eine Vielzahl Schüler, was bedeutet, dass Lehrer arbeitslos werden. Auch medizinisches Personal verlässt das Land,

weshalb die gesundheitliche Versorgung vor Ort sich verschlechtert. Die Menschen, die im Ausland leben, zahlen nicht in das bulgarische Sozialsystem ein.

In den deutschen Medien ist im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus Südosteuropa oft von einer sogenannten Armutsmigration die Rede. Wir möchten diesem Begriff einen aus unserer Sicht weitaus zutreffenderen entgegen setzen: Die Hoffnungsmigration.

Die Menschen, die ihre Heimat verlassen, weil sie dort keine (ausreichenden) Perspektiven für sich sehen, sind voller Hoffnung. Diese Hoffnung ist verbunden mit einer hohen Motivation. Zukunftsperspektiven für sich und die eigene Familie zu erarbeiten. Dies erleben wir nicht nur regelmäßig in unserer Beratung, sondern wurde uns während der Reise nach Varna erneut verdeutlicht. Davon sind wir immer wieder aufs Neue beeindruckt. Die Motivation und die zahlreichen Potentiale, welche die Menschen mitbringen, aufzugreifen und auszubauen, sehen wir als zentrale Aufgabe in unserer Beratung. Dabei spielen insbesondere Bildung und Empowerment eine große Rolle.

Wir möchten uns herzlich bei Monika Heitmann und allen Beteiligten für die Organisation und Begleitung unserer Reise bedanken und freuen uns, dass wir im Rahmen unserer Tätigkeit nun auch eine *Brücke* nach Bulgarien aufbauen konnten.